

# Merseburger Tageblatt

## Kreisblatt

Zeitung für Stadt u.

Kreis Merseburg



Umtliches Anzeigblatt der Merseburger Kreisverwaltung und vieler anderer Behörden

Nr. 184.

Mittwoch, den 20. August 1919.

159. Jahrgang.

### Amtliche Anzeigen

Seite 6.

Erzeugerhöchstpreis für Frühkartoffeln.

### Tageschronik

Beginn der Kohlenlieferungen an die Entente.  
Ein neuer Friedensvertrag zwischen Deutschland und Amerika?  
Anschluß Westungarns an Deutsch-Oesterreich.  
Neue Rheinlandspläne.  
Beförderung der Lage im oberösterreichischen Aufstandsgebiet.  
Die Kämpfe dauern fort; reguläre Polentruppen beteiligt sich.  
Streikverbot und Standrecht in Oberösterreich.  
Weitere Ausdehnung des Streiks.  
Neue Streiks im Reichsforstrevier.  
Beratung der Offiziersentschädigungsgesetze durch die Nationalversammlung.

### Landdorfs Kriegserinnerungen.

Unter dem Titel „Meine Kriegserinnerungen 1914-18“ erscheint morgen bei E. S. Mittler u. Sohn in Berlin das lange und mit Spannung erwartete Buch des Generals Lubendorf. Aus dem überaus reichen Inhalt des über 600 Seiten starken Bandes, der viele Pläne und 10 große Kartenbeilagen enthält, geben wir nachstehend zwei Abschnitte wieder:

#### Berichtungsstelle und Verhörschubel.

Der Generalstabmarschall und ich teilten bald nach unserer Vernehmung in die Oberste Herrschaft und nach dem Erkennen der Lage dem Reichsführer unsere Aufschauungen über die Bedürfnisse des Heeres, die zugleich auch die der Marine waren, mit, und erörterten die hieraus sich ergebenden Aufgaben der Heimat. Wir riefen ihn zur kriegerischen Zusammenarbeit auf und waren hoffnungsvoll, trotz des bedrohlichen Grades der Lage.

Die Regierung hatte unseren Eintritt in die Oberste Herrschaft begrüßt. Wir kamen ihr mit offenem Vertrauen entgegen. Bald aber begannen zwei Gedankenketten miteinander zu ringen, vertreten durch die Anschauungen der Regierung und die unseren. Dieser Gegensatz war für uns eine schwere Enttäuschung und zugleich eine unangenehme Weltaufklärung.

In Berlin konnte man sich nicht zu unserer Auffassung über die Kriegsmittelverfügungen bekennen und nicht den eigenen Willen finden, der das ganze Volk erfüllt und dessen Leben und Denken auf den einen Gedanken: Krieg und Sieg, einstellt. Die großen Demonstration der Entente haben dies vermocht. Gambetta 1870-71, Clemenceau und Lloyd George in diesem Kriege stellten mit harter Willenskraft ihre Völker in den Dienst des Sieges. Dieses zielbewusste Streben, der mächtigste Berichtungsstelle der Entente, wurden von der Regierung nicht in voller Schärfe erkannt. Wie war daran zu zweifeln gewesen. Statt alle vorhandenen Kräfte für den Krieg zu sammeln und im Höchstmaß anzuspännen, um zum Frieden auf dem Schlachtfelde zu kommen, wie dies das Wesen der Völker bedingte, sah man in Berlin einen anderen Weg ein; man sprach immer mehr von Vernehmung und Verständigung, ohne gleichzeitig dem eigenen Volke einen starken kriegerischen Impuls zu geben. Man glaubte in Berlin oder täuschte sich dies vor: Die feindlichen Völker müßten den Vernehmung verbundenen Worten sehr sorgfältig lauschen und würden ihre Regierungen zum Frieden drängen. So wenig konnte man dort die Geistesrichtung der feindlichen Denker und Regierungen mit ihrem harten nationalen Denken und fast harten Willen. Berlin hätte aus der Geschichte früherer Zeiten nichts gelernt. Man hätte hier das eigene Unvermögen gegenüber der Weisheit des Feindes, man verlor die Hoffnung auf den Sieg und ließ sich freiben. Der Gedanke, zum Frieden zu gelangen, wurde stärker als der Wille, für den Sieg zu kämpfen. Der Weg zum Frieden war gegenüber dem Vernichtungswillen des Feindes nicht zu finden. Man verwarf darüber, das Volk den schweren Weg des Sieges zu führen.

Reichstag und Volk sahen sich ohne solche Führung, die sie zum großen Teil sehr errieteten, und sollten mit der Regierung auf die abgründige Bahn. Die gesamten Prozesse

des Krieges an sich wurden immer mehr beiseite geschoben. Innerpolitisches Denken und das Denken an das eigene Ich überwiegherten sie. Das wurde zum Unglück für das Vaterland.

#### Der Kronprinz.

Besonders gern denke ich an meine Beziehungen zum Hauptquartier des Deutschen Kronprinzen. Der Kronprinz zeigte viel Verständnis für den militärischen Beruf und stellte kluge, sachgemäße Fragen. Er liebte den Soldaten und beflügelte sich um die Truppe. Es war nicht für den Krieg, sondern sprach für den Frieden. Dies bleibt richtig, auch wenn andere das Gegenteil behaupten. Der Kronprinz hat es stets bedauert, daß er für seinen Beruf als späterer Kaiser nicht genügend vorbereitet wurde, und hat sich alle mögliche Mühe gegeben, dies nachzuholen. Er meinte mir gegenüber, er habe es schlechter als ein Facharbeiter. Auch hat er eine Denkschrift darüber angefertigt, die er seinem kaiserlichen Vater und dem Reichsführer überreichte. Dem Kronprinzen haben seine Kehlerückstellungen geschadet; er war mehr, als er hiernach schien.

#### Der polnische Fußschießer.

Die Kämpfe dauern noch an.

Die Kämpfe zwischen deutschen Truppen und polnischen Banden in Oberösterreich dauern noch an. Es wurde festgesetzt, daß die Polen im Gebirge von Oberösterreich in der Gegend von Döberzbach stark verarmt hatten, während der Osten Oberösterreichs von polnischen Truppen fast unbesetzt ist. Das Generalkommando 6 hat alle erforderlichen Maßnahmen getroffen, um jeder Eventualität erfolgreich begegnen zu können. Im unterösterreichischen Kreise erwartet man übrigens schon seit längerer Zeit, daß die Polen Fußschießerunternehmen würden.

Aus dem Reutheuer Weiler wird hierzu gemeldet: Nach 2 Uhr setzten sich gleichzeitig

#### die polnischen Fußschießern

an folgenden Orten ein: Wobetz, Hohenfunde, Ködine, Dombrowitz, Scharley, Birkenstein und ganz besonders in Karl und Schuldhütte. Die Drifschaffen gingen zum Teil an die Polen verloren, wurden aber größtenteils, nachdem Verhandlungen herangeführt waren, wieder an uns in polnischer Hand. Seine Entschloßung steht aber sehr stark zu erwarten. Eine weitere Untersuchung ist augenblicklich im Gange in der Richtung Schomberg-Zwischenhütte-Karl.

Aus dem Reutheuer Weiler wird gemeldet: Die Aufschauung ist. Unsere Truppen gingen vor in Richtung Ködine, Ködine, Wobetz. Bisher geschieht ist die Linie bis zum Kanal Wobetz. Augenblicklich besteht keine Verbindung südlich Wobetz-Gebiet, ebenso keine Verbindung in Richtung Ködine und Reutheuer. Die Einnahme südlich Reutheuer ist Ziel und wurde übermüht. Nur der Wacht habende entkam. Neber

#### weitere Aufschau in der Nähe von Kottwitz

liegen folgende Meldungen vor: In Kottwitz sollte die polnische Übermacht werden. Der Aufschlag wurde verhindert. In Wogetzsch fanden spärliche Ansammlungen statt. Das Heerführer wurde auch hier verhindert. Erst ist die Lage im Rückschritt, wo

#### eine Verstärkung Reichswehrs stark bedroht

ist. Man hofft, durch herangezogene Verbände die Lage zu retten. Die Polgen sind die Angriffe zurückzuführen. Das Generalkommando in Breslau erwartet, auch weiterhin der Lage zu weichen. Erst heute früh 4 Uhr sind alle Suben militärisch besetzt, um Sabotage zu verhindern. Die Nachricht vom Eingreifen polnischer Regularer

#### Die Auffassung in Berlin.

Das Reichswehrministerium teilt über die augenblickliche Lage in Oberösterreich folgendes mit: Kleine Verbände der Aufstellungen werden da und dort noch pariert, sonst sind die Angriffe zurückzuführen. Das Generalkommando in Breslau erwartet, auch weiterhin der Lage zu weichen. Erst heute früh 4 Uhr sind alle Suben militärisch besetzt, um Sabotage zu verhindern. Die Nachricht vom Eingreifen polnischer Regularer bestätigt sich. Dem Generalkommando des 6. A. S. vorliegende Nachrichten lassen erkennen, daß die Mitwirkung weiterer polnischer Regularer, und zwar von Haller-Truppen, vorgesehen war oder noch ist.

Anzeigenpreis für den gewöhnlichen Millimeter: Gehälter 15 Pf. Die Zeitung für die letzten Weggänge (Gehälter des Monats) wird ausbezahlt auf kleine Kopien in Zahlung genommen. Schlußfrist für den Anzeigenteil: 10 Uhr vorm. — Rechtsanfragen, die Millimeter-Gehälter 40 Pf. — Gehälter 11 Uhr vorm. für unlangfristige Weggänge 7 Uhr abds. d. vorerzogenen Tages

### Freie Wirtschaft oder völliger Niederbruch.

Von besonderer Seite wird uns geschrieben: Erzberger hat bei der Einleitung der ersten Beratung des Reichshaushalts und der Umfassung der Aufstellungen gemacht, die jedem einbringlich vor Augen führen, was es heißt, einen Krieg zu verlieren. 25 Milliarden neue Steuern müssen Jahr für Jahr aufgebracht werden; eine ungeheure Summe, wenn man sich vor Augen führt, daß wir vor dem Kriege mit einem Steuerbedarf des Reiches von 2 Milliarden zu rechnen hatten; und dabei hatten wir vor dem Kriege ein Einkommen aus Industrie, Handel, Gewerbe und Landwirtschaft von 50-55 Milliarden, von denen wir in günstigen Jahren 9-11 Milliarden erlösbaren, so daß der größte Teil dieses neuen Bedarfs wieder in Industrie, Handel, Gewerbe und Landwirtschaft verborgen angelegt werden konnte. Es war gerade das Vermögen der damaligen Hochkonjunktur, das für diesen ständig sich erneuernden Bedarf das Kapital stutz und der Arbeit teuer war, weil man immer nicht genug davon hatte. Und ebenso merkwürdig war, daß man damals Staats- und Kommunalanleihen nicht bevorzugte, sondern bemüht blieb, sein Kapital so anzulegen, daß es das deutsche Wirtschaftleben immer wieder von neuem befruchtete und seinen wohlgemeinsten Anteil an dem erfolgreichsten Vorhaben Deutschlands hatte.

Der Krieg hat diese Verhältnis von Grund aus verändert. Die Staatsanleihe ist in die Höhe geschossen, jeder Arm war tätig, um die Mittel zu schaffen, die notwendig waren, um den Krieg fortzuführen. Über 90 Milliarden Markt sind allein in Kriegsanleihe festgelegt worden, und für Kriegszwecke mußten sie Verwendung finden, ohne in ähnlicher Weise Industrie und Handel, Gewerbe und Landwirtschaft zu einer Arbeit veranlassen zu können, die uns wie früher das Ausland tributpflichtig machte, indem es unsere Erzeugnisse erkaufte, um uns dafür Rohstoffe, Lebens- und Genussmittel und sogar viel, viel Luxuswaren zu geben. Wir arbeiteten auch während des Krieges sehr fleißig, aber gar nicht für uns, sondern für andere, wie sich inzwischen gezeigt hat: für unsere Feinde, die uns beschlagnahmten. Man mußte ihr geben, was wir es fertig bringen, unsere Schulden, die wir bei uns selbst gemacht haben, zu tilgen und darüber hinaus noch so billig zu arbeiten, daß wir dem Auslande etwas liefern können, wofür es uns wertvolle Zahlung leistet!

Es kann nicht geleugnet werden, daß diese Aufgabe sehr schwer ist. Es gilt nicht nur, über 90 Milliarden Kriegsanleihe zu verzinsen, es gilt vor allem, die schwebende Schuld von 76 Milliarden zu verzinsen und so schnell als denkbar abzutragen. Eine ungeheure Aufgabe! Denn die Arbeit bei uns ist vermindert und verneuert worden, vermindert aus Mangel an Rohstoffen und vor allem an Kohlen; die Arbeit durch die Entwertung aller Geldes und die damit verbundenen unruhigen Lebensmittelpreissteigerungen, die viele Menschen unmutig macht und sie ausziehen läßt. Was hat die ganze Arbeit für Zweck, wenn es mir democh nicht möglich wird, trotz fünfzig höheren Einkommens so zu leben, wie es vor dem Kriege mit einem Fünftel des heutigen Geldes möglich war? Kann man sich etwas Gediegenes aneignen, kann man sich anständig kleiden, ohne überfordert zu werden? Und nun soll man auch noch höhere Steuern zahlen! Ist das überhaupt möglich? Es ist lehrreich, in solchen Zeiten der trüblichen Welt sich vor Augen zu halten, daß ähnliche und verhältnismäßig noch schlimmere Zeiten von früheren Generationen auch durchgemacht werden konnten. Als nach der Vernichtung der spanischen Armada England durch Philipp der Zweite den Staatsbankrott erklären mußte, waren lediglich fünfzig Jahre die reichsten Handelsjahre in Antwerpen, Augsburg, Mailand, Venedig, Rom, Sevilla, Lyon, Turin in Deutschland, Genua, Frankreich, Spanien und den Niederlanden vernichtet, und zeitweise stagnierte das gesamte geschäftliche Leben Westeuropas; die Steuern waren so ungeheuer hoch, daß die spanischen Cortes erklärten, Handel lasse sich auf absehbare Zeit hinaus überhaupt nicht mehr treiben, da man von tausend Dufaten Kapital dreihundert Dufaten Abgaben zu zahlen habe, was bedeutet, daß jegliches Kapital innerhalb dreier Jahre aufzuheben sei, wenn nicht besonders günstige Sonderbestimmungen zu machen seien. Sie überlebten aber aus und die spanische Volksherrschaft brach schließlich zusammen; bis nach Westindien zog sich der wilde Trümmerschaum.

Die Vernichtung des angeamulierten Kapitals in Spanien erwies sich damals als Verhängnis, das bis in die Gegenwart verherberend wirkte. Ist eine ähnliche, an Wert und Umfang grenzende Vernichtung bei uns zu befürchten? Diese Frage darf so ohne weiteres nicht beantwortet werden. Die deutsche Volkswirtschaft arbeitet viel zu teuer. Die Handlungsunkosten beim Vertriebs sind maßlos gestiegen. Es ist mit dem erheblichen Fortschreiten auf die

Güter- und Personentransporte zu rechnen. Das Vielexporten ist erhöht; die Unschiffbarkeit und viele anderen Stellen sind letzten Endes nichts anders als wachsende Kosten jeglicher Sandlung, jeglicher Erzeugung, und alle diese Erzeugnisse sollen noch mehr erhöht werden. Es werden sämtliche die Erhöhung der Produktionskosten, eine neue Mineralöl-Steuer, eine allgemeine Umsatzsteuer, eine große Reichslokomotivsteuer und die Erbschaftsteuer kann hier außer Betracht bleiben, aber das Reichslokomotiv wird das wertvolle Kapital stark vermindern und eine große Verminderung an ständigen Mitteln bringen, das mit hohen Zinsen und weiterhin vermehrter Arbeit gerechnet werden muß.

Ungeachtet dieser Verhältnisse, die dadurch verschärft werden, daß Eisenbahnminister Döber in seiner Rede in der Reichstagskammer in Berlin neue sehr weitgehende Einschränkungen des Personenverkehrs und eine neue Erhöhung der Tarife für den Personen- und Güterverkehr in Aussicht stellte, kann man dem Winter und der Zukunft überhaupt nur mit größter Sorge entgegensehen. Es wäre dringend zu wünschen, daß die Reichsregierung jetzt schon alles tut, um mit Hilfe des freien Handels und seiner Organisations Vorbereitungen nach der Richtung zu streben, daß unter allen Umständen möglichst die Erhöhungen des Verkehrs für ergiebig und unumgängliche werden. Eine Erhöhung hier vermieden würde, weil sonst eine Katastrophe unausweichlich eintreten. Das Reichswirtschaftsministerium muß unlangst selbst zugeben, daß durch seine Preispolitik der Getreidepreis derart übergehalten worden sei, daß Arbeiter an der West- und besonders an der Ostgrenze mit abnehmendem Gewinne große Massen unserer Getreide über die Grenze schmuggeln, so daß die Reichsgetreidehöfe faktisch, um die Not des deutschen Volkes zu lindern, ausländisches Getreide einführen und trotz des Einfuhrzolls von 100 Prozent zum Einfuhrzoll noch über 700 Millionen Mark bei diesem Geschäft aufzuteilen, ohne letzten Endes der Allgemeinheit zu nützen. So dürfen aber die Reichsminister nicht verschweigen, wenn es dem deutschen Volke nützlich werden soll, trotz verminderter und vermehrter Arbeit doch noch höhere Steuern aufzubringen!

### Die Amerikaner und die Polen.

Von unserem Berliner Vertreter wird uns geschrieben: Die Angriffe der Polen in Oberösterreich haben die Amerikaner, wie es scheint, völlig auf die Seite der Deutschen gebracht; denn ich erlaube mir zu sagen, daß die Amerikaner dieses Vorgehen der Polen mißbilligen und sich sofort an die Rettung der polnischen Truppen gewandt haben, dahin zu wirken, daß die Angriffe eingestillt werden. Sie bedeuten einen Bruch des Friedensabkommens und würden zu ersten Maßnahmen gegen die Polen führen. Auch wenn es sich, was noch nicht feststeht, um kein Verbrechen, um Verletzungen polnischer Pflichten handelt, so wird der polnische Herrschende von den Amerikanern die Verantwortung zugesprochen. Die Amerikaner verurteilen demnach alles, polnische Anmaßungen zurückweisen, und man nimmt an, daß sie, falls ihre Forderung nicht entgegenwird, ungesäumt die in Aussicht genommenen Besatzungstruppen, die zu 60 Prozent aus Amerikanern bestehen sollen, nach Oberösterreich dirigieren werden.

### Polnische Mordeländer.

Im Kreise Pöhl wurden an einer einzigen Stelle dreizehn scheinlich ungerichtete Leichen deutscher Soldaten über überflüssigen Feldwege gefunden. Meldungen über Einzelheiten der Auftritte laufen von allen Seiten ein. Die Bevölkerung bittet um Schutz, da sie Mordtaten nach der Gasse fürchtet.

### Die Greuelthat in Oberösterreich.

#### Verklündung des Standrechts.

Von Seiten des Kommandos des kaiserlichen Armeekorps und des Staatskommissars für Oberösterreich und Westpolen wurde heute der verkündete Standrecht in Oberösterreich für den Regierungsbezirk Opatowitz und Kollerschitz erklärt. Die Verordnung enthält das Verbot des Eintritts von Fremden und von der Arbeit durch Zwang ferngehaltenen Personen haben sich sofort an ihre Arbeitsstelle zu begeben und die Arbeit ungestört auszuführen.

### Stehende Kohlennot in Breslau.

In Breslau, in der Verbrauch von Gas und Elektrizität nach wie vor in öffentlichen Lokalen verboten. Von Mittwoch ab wird der Gasverbrauch in öffentlichen Lokalen, von Donnerstag ab die Stromabgabe für öffentliche Betriebe um die Hälfte geteilt, und von 11 Uhr abends bis 4 Uhr früh die Gaszufuhr und der elektrische Strom vollständig gesperrt.

### Ein Aufruf des Staatskommissars.

Der Staatskommissar erklärt einen Aufruf an die Bevölkerung Oberösterreichs, in dem es heißt: Unter den wichtigsten Verdiensten, mit Zug und Trug werden die in der Folgezeit, insbesondere in der Zeit der bitteren Not, die für die Nationen müssen blühen werden. In diesem Verdienste konnte ich nicht länger zusehen, besonders nicht, als Sonntag und Montag der bewaffnete Zustand mit Veränderungen eintrat. Ich ersuche alle wehrfähigen Männer, sofort die Arbeit aufzunehmen und Ruhe und Ordnung einzuhalten, damit es nicht zu den schweren Stufen, die aus dem Standrecht folgen, kommt.

### Das Problem des Friedens.

#### Die ersten Kohlenlieferungen an die Entente.

Die die Agence Havas' der französischen Presse mitteilt, haben die von Belgien zu erwartenden Kohlenlieferungen aus dem Ruhrgebiet jetzt ihren Anfang genommen. Die erste Lieferung betrug heute über 1000 Tonnen Kohlen, die zweite Menge betrug über 1000 Tonnen für den ersten Monat.

### Der Aufbau Nordfrankreichs.

Von unserem Berliner Vertreter wird uns geschrieben: Wie ich von zuverlässiger Seite erfahre, werden die Arbeiten zum Wiederaufbau Nordfrankreichs nicht vor Beginn des Jahres 1920 begonnen werden, so daß es also jetzt noch nicht nötig ist, sich hierüber Gedanken zu machen. Die Vorbereitungen jedoch sollen nach wie vor in vollem Gange sein. Hierzu kommt aber schließlich auch das Personal in Frage, das jetzt reichlich vorhanden und für den Wiederaufbau vorgemerkt ist.

### Die Amerikaner werden abgelehnt.

Rohls, 18. August. (Eig. Drafts.) Gestern fanden im hiesigen Hauptquartier Verhandlungen über alle Einzelheiten der Übernahme eines Teiles der bisher von amerikanischen Truppen besetzten Gebiete durch französische Truppen statt. Rameilich der Absicht weislich des Heines soll fort ab halt von Amerikanern von Franzosen besetzt werden. Das französische Regiment aus Verdun kommt nach Koblenz, während es sich hauptsächlich landwärtige Besatzung. Oberst Allen ist nach Paris geschickt, um wegen der Liebertragung des Oberbefehls über gewisse Teile der besetzten Zone auf die Franzosen zu verhandeln.

### Verwundete Kriegsgefangene aus England.

In Rotterdam ist der Dampfer 'St. Devis' mit 372 verwundeten deutschen Kriegsgefangenen, Offizieren und Mannschaften, eingetroffen. Die Weiterreise nach Deutschland erfolgt mittels Jagarettzuges.

### Neutrale Schritte für die Heimführung der deutschen Kriegsgefangenen.

Der 'Temps' meldet, daß zwei neutrale Regierungen am 11. August Schritte bei der englischen Regierung unternommen haben, zwecks baldiger Heimführung der deutschen Kriegsgefangenen.

### Amerika und der Friedensvertrag.

New York, 19. August. Präsident Wilson hat dem Senat mitgeteilt, daß bezüglich des Friedensvertrages zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland die Bedingungen der Friedensverträge, die er abgelehnt hat, so müsse ein neuer Friedensvertrag geschlossen werden. Die Vereinigten Staaten würden dann in die Lage kommen, sich mit dem Ende in der Hand an Deutschland wenden zu müssen mit dem Entschluß, einen Sondervertrag anzunehmen. Deutschland würde aus dem Umstand, daß es allein mit Amerika zu tun haben würde, den äußersten Nutzen ziehen und Amerika von der Befreiung mit deutschen Paradoxien auslösen.

### Wilson'sches Entwurfsdokument.

Paris, 18. August. (Eig. Drafts.) Wie aus Washington gemeldet wird, hat Wilson an den Senat ein Schreiben gerichtet, in dem er sich bereit erklärt, dem Senat die geheimen Dokumente über den Friedensschluß und den Vorschlag vorzulegen, soweit sie den Senat interessieren können (1).

### Ententepläne.

#### Ein großbritannischer Staat in Mitteleuropa?

Der 'Temps' berichtet, daß es sich bei den Zusammenkünften hoher österreichischer Politiker in der Schweiz um den Plan der Schaffung eines großen katholischen Staates in Mitteleuropa gehandelt habe, der Deutsch-Österreich, Ungarn und Bayern umfassen soll. Hinsichtlich Bayern gebe man die Hoffnung, daß seine frühere Neutralität mit Preußen und die engen Beziehungen zu Österreich-Ungarn dazu beitragen würden, diesen Plan zu verwirklichen. Weiter wurde dort mit dem Argument gearbeitet, daß die Österreicher Bayern beizutreten, so daß es sich dabei um ein deutsches Projekt handelte, das von den Deutschen nicht geteilt werden sollte. Ein antipreußischer Block?

#### Ein antipreußischer Block?

Der 'Temps' beschäftigt sich mit den Behauptungen österreichischer Politiker in der Schweiz. Das Blatt führt aus, daß es sich hier um die Schaffung eines großen antipreußischen Blockes in Mitteleuropa gehandelt habe, der Deutsch-Österreich und Bayern umfassen soll. Hinsichtlich Bayern würde man die Hoffnung haben, daß die vielfachen Intimitäten Bande mit Österreich dazu beitragen würden, den Plan zu verwirklichen.

### Kaiserliche Einigungen in Tschechien.

Die tschechoslowakische Regierung hat die meisten tschechoslowakischen Städte, Häuser und Konventionen, an die sie in Tschechien die deutschen Arbeiter und Arbeiterinnen in großen Scharen Böhmens und Südböhmens nach Deutschland.

### Wahltritt der Sozialregierung?

In Kopenhagener diplomatischen Kreisen sollen vorläufige Nachrichten eingetroffen sein, nach denen Lenin mit seinen Parteilägern und den derzeitigen Mitgliedern der Sozialregierung über deren Wahltritt bereit. Die Ereignisse in Ungarn haben Lenin davon überzeugt, daß die Haltung auf die Weltanschauung sich nicht erfüllen wird. Er will jedoch den gewaltsamen Umsturz vermeiden und die Regierung durch ein gemäßigtes sozialistisches Kabinett ersetzen, um dadurch eine Wiederkehr der Reaktion, wie sie in Ungarn eintrat, zu verhindern. Der Abzug des russischen Heeres soll nach von ihm selbst im Wert gesetzt werden, und es nach dem geordneten Zustande eingeleitet, falls der Regierungsvertrag zustande kommt. Der erste Schritt gegen die tschechoslowakische Regierung ist die Erklärung, daß sie unter den tschechoslowakischen Arbeitern wenig Anhänger. Man erwartet, daß der eventuelle Wahltritt der Sozialregierung bereits im Oktober stattfinden soll.

### Die neue Armee der Türkei.

Kemal Pascha, der Generalinspektor der türkischen Armee, hat sich nach einer Pariser Meldung nach Ankaras übergeben hat, die tschechoslowakische 120 000 Mann stark ist. Es können fortwährend demotivierende tschechoslowakische Einheiten dieser Armee zu. Kemal Pascha hat sich auf die Seite der Türken gestellt, die sich einer Aufteilung der Türkei durch die Alliierten mit allen Mitteln widersetzen wollen.

### Gebot des landwirtschaftlichen Arbeitsschutzes.

Der Streit der landwirtschaftlichen Arbeitsschutzes im Reichslandwirtschaftlichen Ministerium ist beendet. Gestern früh ist die Arbeitsschutzgesetzgebung abgeschlossen worden. Die Verhandlungen zwischen den Arbeitgebern und den Arbeitern führten zu einem Einverständnis. Ein Gesetz über den Arbeitsschutz von täglich 2 bis 3 W. den Arbeitern zugestanden.

### Arbeitslosendemonstrationen in Böhmen.

Pilsen, 18. August. In einer Versammlung im großen Bürgerhaus nahmen die Arbeitslosen, hiesigen Kaufleute und Arbeiter an der Eröffnung an, in der unter anderem von der Selbstverwaltung die Erhöhung der bisherigen Höhe der Arbeitslosenunterstützung, Gewährung einer Zeugnisausgabe usw. gefordert wurden. Eine Kommission wurde nach dem Auftrage ernannt, welche mit der Selbstverwaltung verhandeln und die Antwort zurückbringen sollte. Als der Bescheid kam, daß die Arbeitslosenunterstützung nicht erhöht werden konnte, versammelten sich die Arbeiter sofort im großen Saal. Sie sahen gegen 11 Uhr vor dem Rathaus, um sie den Bescheid Dr. Löhr anzuzeigen, sofort mit einer Kommission die Verhandlungen über die Forderungen aufzunehmen.

### Entwaffnungsdemonstration in Chemnitz.

In Chemnitz lud durch die Truppen der Reichswehr eine Entwaffnungsdemonstration durchgeführt werden, um die Wiederholung von Vorfällen, wie sie vor kurzem dort stattfanden, zu verhindern. Die tschechischen Reichswehrtruppen sind durch preussische Einheiten verstärkt worden.

### Deutsche Nationalversammlung.

In der politischen Sitzung der Nationalversammlung fand zunächst die erste und zweite Beratung eines Gesetzes über einen

### Reichsbudget für das Jahr 1919.

auf der Tagesordnung, durch das zur Verteilung einmaler Ausgaben 9 Milliarden im Wege des Reichs Kredits gemacht werden sollen.

Abg. Dr. Eugenberg (Dn.). Die Vorlage ist uns erst am Sonntag morgen zugegangen, sie kommt also gemäß § 18, wonach eine Vorlage frühestens am dritten Tage nach ihrer Vorlegung auf die Tagesordnung gesetzt werden darf, heute nicht zur Beratung gestellt werden. In der letzten Zeit sind ja mande Gesetze mit einer Eile verabschiedet worden, die eigentlich der Würde des Hauses nicht entspricht.

Wenn die Mehrheit des Reichstages mit ihrer Würde vereinbaren kann, dann sollte sie wenigstens beschließen, die weiteren Sitzungen des Reichstages zu verschieben, bis die Beschlüsse des Reichstages in der Sache der Vorlegung der Vorlage die Mehrheit der Reichstages nicht erreicht.

### Gesundheit der Beherrschung sogar vernichten.

werden soll. Das können wir nicht mehr mitmachen und beantragen die Ablehnung dieser Vorlage. (Abg. Reich. rechts, Dr. Wundt links.) Präsident Heinen bittet, dem Reichstage stattzugeben. Reichsfinanzminister Erzberger weist darauf hin, daß es bei Annahme des Antrages dem Reich unmöglich ist, ordnungsmäßig weiter zu arbeiten, und daß der Staatsbankrott nicht zu vermeiden ist. Die erste Zeitung vernichtet und das Gesetz an den Ausschuss verwiesen. Abg. Schulz-Wechsungen widerspricht dem Vorschlag des Reichsfinanzministers. Abg. Dr. Heine (D. W.) verlangt ebenfalls Ablehnung der Vorlage. Die Nationalversammlung wird in jeder Zeit mit Gesetzesvorlagen überhäuft, von denen die Mehrheitspartei sehr genaue Kenntnis hat, während

### Die Widerstandspartei davon nicht unterrichtet.

waren. (Beif. links.) Abg. Dr. Dornberg (Dn.): Jeder Kenner des Geistes weiß, daß die Vorlage vollumfänglich ist. Die Reichsregierung hat sich einseitig eine Beratung zur Beratung der Reichsregierung verschaffen lassen. Die Reichsregierung hat sich einseitig eine Beratung verschaffen lassen, die Reichsregierung hat sich einseitig eine Beratung verschaffen lassen. Die Reichsregierung hat sich einseitig eine Beratung verschaffen lassen.

### Widerstand, unabweisbaren Folgen.

begleitet sein. Abg. Reich (Dn.): Offenbar will die Rechte der Regierung Schwächen machen. Abg. Heine (Dn.): In der beabsichtigten Galt gegen die Reichsfinanzminister auf den Grund der Drohung mit seiner Demission. Abg. Schulz-Wechsungen (Dn.): Wir müssen vor der ersten Sitzung erfahren, was der Vorlage nach den Worten des Reichsfinanzministers Entscheidendes zur Verhandlung steht. Demnach wird die Entscheidung vor der Sommerpause nicht in Frage gestellt, so daß Erzberger

### zu unserem Bedauern nicht zur Demission zu überreden.

braucht. — Der Antrag Eugenberg wird gegen die Stimmen der Rechten und der Unabhängigen abgelehnt. Nachdem der Reichsfinanzminister erklärt hat, daß er nach Erhebung der ersten Sitzung und Verweisung an den Ausschuss der weitere Mitteilung zur Begründung machen werde, geht die Vorlage gemäß Antrag Dornberg (Dn.) an den Ausschuss.

### Es folgt die zweite Beratung des Gesetzes über die Einbürgerung der in Frage der

### Vermindeung der Wehrmacht.

auscheidenden Offiziere Abg. Grünwald (Dn.). Wir begrüßen, daß wir die Offiziere durch das Gesetz den Übergang zu einem anderen Beruf erleichtern können. Abg. v. Gröbe (Dn.): Das Gesetz sollte einmütig angenommen werden. In erster Linie handelt es sich um eine Rechtsfrage. Doch der

### Wahltritt der Reichsregierung.

verlangt wird ist unerlässlich. Bei der Mehrheit würde doch wohl eine Annahme gegen die Offiziere mit. Wir von der Opposition und die Demokraten haben uns für die ursprüngliche Reichsregierung erklärt. Es geht nicht, aber die Regierung hat ihre eigene Vorlage nicht recht vertreten. Man kann an ihren Ernst nicht recht glauben. Ich hoffe, daß die Regierung mit diesen Worten wird. Es ist nicht nur moralische Pflicht, sondern

### ein Gebot politischer Klugheit,

wenn in unserem Sinne beizutreten wird.

### Reichswehrminister Reost:

Es ist richtig, daß ich sehr viele Offiziere zurzeit in schlechter Lage befinden und daß es zahlreiche Kapitulanten treffen geht. Wir müssen

### Bezahlungen von Verursachern entlassen.

Infolge solcher Behauptungen, namentlich der unangenehmen Presse, über die Zahl der noch vorhandenen Soldaten und daß wir den Friedensvertrag in militärischer Hinsicht nicht lösen dürfen wollen, kann Frankreich sich nicht entscheiden, uns die Kriegsgefangenen zurückzugeben (Sart, links), weil man dadurch eine Vermehrung unserer Streitkräfte befürchtet, von der man in Zukunft immer noch Vorteile ziehen würde. Folglich ist die Auffassung, daß das Reich gegenüber den Offizieren eine besondere Dankspflicht zu erfüllen habe, weil sie sich in den Tagen der Revolution zur Verfügung stellten, um Deutschland vor dem Chaos zu bewahren. Die Offiziere haben damit nicht zuletzt auch ihre eigenen Interessen geübt. Der Ausbruch ist vom





# Beilage zu Nr. 184 des Merseburger Tageblattes

Kreisblatt.

Mittwoch, den 20. August 1919.

## Politische Rundschau

### Die Vereidigung des Reichspräsidenten.

Berlin, 18. August. (Eig. Draht.) Die Nationalversammlung hat die feierliche Vereidigung des Reichspräsidenten auf nächsten Mittwoch, 21. Uhr vormittags, in der Nationalversammlung angesetzt.

„Vorbereitungen zu einer militärischen Gegenrevolution“.

Die Berliner „Freiheit“ berichtet folgende lächerliche Sensationsmeldung, die alle bisherigen Leistungen dieses Blattes übertrifft:

„Die in Russland befindliche Armee, die bislang die Aufgabe hatte, die Freireichsbestrebungen im kaiserlichen Rußland im Interesse der baltischen Provinz niederzudrücken, trifft seine Anstalten, das Land zu verlassen. In dieser Armee haben sich alle reaktionären Elemente der alten Offizierskaste vereinigt, die sich um die Anweisungen der Regierung nicht kümmern und drauf und dran sind, eine Truppenmacht heranzubilden, mit der sie einen Aufstand gegen die deutsche Revolution zu führen beabsichtigen. Da ihnen eine fruchtbarer Verabreichung gegen Deutschland einzuweichen noch verlagst ist, haben sie sich der russischen Armee angeschlossen, die in Russland durch den Fürsten Lieben angeführt worden ist. Die reaktionären Offiziere werden offen zum Übertritt in die russische Armee, und es sind auch in der Tat schon mehrere Verbände in voller Ausrüstung übergetreten, so z. B. der Sowjetbund der Eisernen Division, die Formation des Schamajans Holle, die Militärpolizeitruppe des Oberleutnants Treter und andere Abteilungen. Auch der General von Goltz hat sich dem russischen Heere zur Verfügung gestellt. Ebenso will das 6. Reservekorps geschlossen übertreten. Die ungefähr 30 000 Mann starken deutschen Truppen befinden sich mit dem eigentlichen Kern der russischen Kontingente in der Ukraine. Der Vormarsch gegen Sowjetrußland soll am 31. August angetreten werden. Von Deutschland aus sind bereits Dampfschiffe flach.“

### 9-Milliarden-Anleihe-Kredit.

Der Nationalversammlung ist der Entwurf eines Gesetzes betreffend einen Anleihekredit für das Rechnungsjahr 1919 zugegangen, wonach der Reichsmittler der Finanzen ermächtigt wird, zur Bestreitung einmaltiger ordentlicher Ausgaben die Summe von 9 Milliarden Mark im Wege des Anleihe-Kredits zu machen, den einzelnen Reichsbehörden die aus Anlaß des Krieges und der Demobilisierung erforderlichen Zahlungen bis zur Höhe von 7 Milliarden Mark zu überreichen sowie 2 Milliarden Mark für Leistungen aus dem Friedensverträge zu verwenden. Begründet wird der Entwurf mit der Notwendigkeit, wegen der unmittelbar bevorstehenden Erschöpfung des Anleihekredits der Reichsregierung weitere außerordentliche Bedegungsmittel bereit zu stellen.

### Die Beherrschung der evangelischen Kirche durch die Polen.

Der heidnische Abgeordnete D. M. M. hat in der Nationalversammlung folgende Anträge eingebracht:

„Durch den Friedensschluß sind 719 evangelische Kirchengemeinden in Schließung bis zu 17 000 in Polen mit 600 000, in Ostpreußen 216 mit 625 000, in Ostpreußen 169 mit 600 000 Seelen, zur evangelischen Landeskirche der älteren preussischen Provinzen gelangt, an den polnischen Staat gefallen; von diesen 2 Millionen sind nur etwa 400 000 polnische Sprache, während die Wäutern mit etwa 200 000 Seelen ein selbständiges Volkstum bilden. Diese Gemeinden verlangen bei der bisherigen auf dem Boden der Union liegenden Mutterkirche zu verbleiben. Befürchtung ist jedoch die katholisch-kirchliche Organisation vielfach über die Landesgrenzen, z. B. Schlesien. — Nun aber ist in Polen eine Verdrängung des obersten polnischen Reiches im Gange, durch die die evangelischen Kirchengemeinden des von den Polen besetzten Gebietes dem Reichsamt der Provinzen unterstellt werden. Das bedeutet eine faktische Beherrschung des Reichsgebietes, es bedeutet eine Bewusstseinsverwilderung, da damit die Union gelöst wird; es bedeutet zugleich eine förmliche Unmöglichkeit, da Generalinspektoren der Kirche in Warschau durch ihre

Vorgehen gegen alles Deutschum jedes Vertrauens der Deutschen entbehrt. Der evangelische Oberkirchenrat hat die preussische Regierung ersucht, dem Vorgehen des obersten polnischen Volksrates und des Warschauer Konsistoriums aus nachdrücklich entgegenzutreten. Wie stellt sich das Auswärtige Amt zu diesem, dem Friedensvertrag widersprechenden Vorgehen der Polen?

### Polnische Arbeiter für Frankreich.

Versailles, 18. August. (Eig. Draht.) Nach einer anscheinend offiziellen Warschauer Note haben die Besprechungen zwischen der französischen Regierung und der polnischen Delegation über die Heranziehung polnischer Arbeiter für den Wiederaufbau in Frankreich zu einer vollständigen Einigung geführt; die Verwendung polnischer Arbeiter soll von größerer Ausdehnung sein, als ursprünglich geplant wurde.

### Vollgewissensoffensive in Jugermanland.

Tilsit, 18. August. (Eig. Draht.) Aus Mittau wird gemeldet, daß an der Jugermanland-Front, am Zugausfluß, die heftige vollgewissensoffensive anbräutet, russische und estnische Truppen haben jedoch das Vordringen aufgehalten. Die estnische Regierung behauptet die Regierungsverantwortung aller Ursachen an, was kein dauerndes Geschäft in Estland zu erlebigen hat, wird ausgetrieben.

### Zum Tode Zwoskoff.

des estnischen Führers des französisch-russischen Waffenbundes, der sich ausschließlich gegen Deutschland richtete, schreibt „Humanität“. Die von Trotski veröffentlichten Beobachtungen lassen Zweifel erwecken, daß die Verantwortung, den Weltkrieg einzuleiten zu haben, nicht allein das pan-germanische Deutschland trifft, sondern auch die Protagonisten der russischen kaiserlichen Politik, von denen Zwoskoff einer der bedeutendsten Vertreter war.

### Afghanistan.

Nach der „Times“ sind die Kämpfe an der afghanischen Grenze, über die wir zuletzt berichteten, wieder Erwarteten noch nicht zum Stillstand gekommen. Zwar hat der Emir die Waffenstillstandsbedingungen angenommen und erklärt, künftighin in Frieden mit Indien leben zu wollen; aber es macht sich jetzt geltend, daß der Emir die zahlreichen Stämme und Verbände seines Landes nicht in der Hand hat. Diese Leute, schreibt die „Times“, haben nichts zu verlieren und besitzen kein Eigentum innerhalb der britischen Grenzen. Wenn ihre Vorkräfte erschöpft sind, fallen sie plündernd in die fruchtbare Ebene ein und schießen selbst vor Nord nicht zurück. Den Gedanken, der fe-bersticht, bräutet sie selbst zu aus: Diese reiche Ebene liegt hier am Fuß unserer Berge, weil sie zu uns in unserer reiche Ebene ist, wenn wir nicht kommen, wenn wir keine Ernte haben, wir hinuntergehen und ihre Ernte einheimsen; und wenn es uns selbst geht, und wir der britischen Regierung eine große Geldsumme zu zahlen haben, erleichtern wir einige der reichen Stämme um das Geld, welches sie durch Raub, den Gott haßt, angehäuft haben.“

So führen diese Verbände auch jetzt den Kleinkrieg auf eigene Rechnung weiter und haben gerade in letzter Zeit den Engländern durch Überfälle auf einzelne Kolonnen erhebliche Verluste beigebracht.

### Die Verluste der deutschen Interoffiziere.

Nach einer amtlichen Zusammenstellung hat Deutschland im Weltkrieg an gefallenen, verwundeten und vermissten Offizieren und Wäutern 778 560 Mann gehabt. Davon entfielen auf Preußen 610 900, auf Bayern 79 066, Sachsen 55 300 und auf das württembergische Kontingent 83 204. Die Zahl der Toten beträgt bei Preußen 150 407, Bayern 18 657, Sachsen 12 992, Württemberg 8149, zusammen also 190 205. Vermißt werden 110 618 Angehörige des Interoffiziersstandes. Nicht weniger als 477 373 wurden verwundet. Diese Opfer be-

weisen, daß das deutsche Unteroffizierskorps mit berechtigtem Stolz auf seine Leistungen und seine treue Pflichterfüllung im Kriege zurückblicken darf.

### Keine Verstaatlichung der englischen Kohlenbergwerke.

„Daily News“ zufolge hat sich die britische Regierung jetzt endgültig gegen die Verstaatlichung der Kohlenbergwerke entschieden.

## Die Kommunalisierung des Lebensmittelhandels.

Wenige Wirtschaftszweige haben in so hohem Maße ein Beispiel für das völlige Versagen der Zwangswirtschaft gegeben wie der Lebensmittelhandel. In der Tat sind wohl auch nirgends die Behältnisse für eine Gemeinwirtschaft so unglücklich wie gerade hier. Die Aufgabe des Lebensmittelhandels ist es einerseits, die Bedürfnisse der Verbraucher nach ihrer individuellen Gesinnungsrichtung zu befriedigen sowie die Waren in lohnrentenreicher Weise zu beschaffen, bevor sie ihrer Bestimmung zugeführt werden. Gerade die Lebensmittel sind zum Teil sehr verderblich und leben aus diesen Gründen eine großartige Wirtschaft, bei welcher die kaufmännische Initiative immer hart zurückgedrängt wird, wenig geeignet. So sind denn auch während des Krieges ungeheure Werte der Volksernährung verloren gegangen, weil die Waren oft solange „verrotten“ und „verwahrlosten“ wurden, bis sie glücklich werden waren. Dazu kam noch, daß den Beamten der mit der Bewirtschaftung betrauten Stelle oft jede Warenkenntnis fehlte, so daß bei den Wäutereien Verluste begangen wurden, die für die Züchtigkeit des gewöhnlichen Kaufmanns unmöglich gewesen wären.

In der letzten Zeit sind Behauptungen aufgetreten, daß das Beherrschung der Lebensmittel durch die Kommunen überlegen wolle. Am Beispiel der sozialen Weltanschauung, daß der Großbetrieb immer billiger und billiger arbeitet als der Kleinbetrieb, hält man den Lebensmittelhandel für einen überwindlichen Wirtschaftszweig und will ihn durch Kommunalbehörden erledigen.

Unser Ernährungsverständnis, die im Kriege durch die Wäuterei der Gegner, nicht zu Unrecht aber auch durch die gewöhnlichen Wäutereien, mit welchen man den Ernährungsbedarf decken wollte, in Wahrheit aber nur den Wäuterei und die Unmoral groß züchtete, fast zumutungsgebrochen war, soll nun weiteren „größtenteils“ Experimenten ausgesetzt werden. Dies will man gerade in einem Zeitpunkt vornehmen, der seit vielen Jahren zum erstenmal wieder so hoffnungsvoll für eine zukünftige Verbesserung der Ernährungsverhältnisse blickt. Es ist vollkommen, daß der Staat im Ausland keinen Kredit mehr genießt. Der Kredit der Kommunen besser aber auf dem Boden des Staates und reicht bei weitem nicht an den des Kaufmanns heran. Nur der Kaufmann hat heute auf die Dauer in der Lage, Waren aus dem Ausland zu beschaffen, nur mit ihm kommt es bei ausländischen Bestellungen zu arbeiten, nicht aber mit Kommunalverwaltungen, Lebensmittelämtern und Kriegsgesellschaften. Beiläufig ist es auf der Seite der Verbraucher. Das Publikum ist es längst satt geworden, zu geteilten Waren ohne jede Mäßigkeit auf keinen Geschmack launen zu müssen und leidet sich demnächst gerade bei einem Lebensmittel noch freier Markt den Verbrauch zu stellen. Eine Fortsetzung aber der Kriegswirtschaft durch die Kommunalisierung des Lebensmittelhandels würde die bestehenden Verhältnisse der Kriegswirtschaft verewigen, ohne daß die wirtschaftliche Notwendigkeit hierfür im gleichen Maße bestünde. Der ernährungsbedürftige Wäuterei aber, sowohl er im Lebensmittelhandel tätig war, der Großhändler und der Detailhändler, würden ausgeschaltet, d. h. seine Mitglieder würden zu Lohnarbeitern herabgedrückt, die günstigenfalls froh sein müßten, wenn die Kommunen sie mit der Verteilung der fälschlichen Waren betraute. Die Heranziehung von Beamten statt im Soldaten und Bäckergewerbe würde unterbleiben, denn es würde für sie ein Schicksal wie bei den Soldaten und Bäckern; er würde die Ausbildung von Lehrlingen ohne großen Betriebes wegen nicht abgeben könnte. — Wie in manchen anderen würde uns das neue System auch bei Durchscheidung der Pläne der Kommunalisierung des Lebensmittelhandels zu einem Wäuterei bringen. Die Wäuterei würde teurer und schlechter werden, als sie der freie Handel bieten konnte und ein Soer von fälschlichen Wäutereien würde an die Stelle einer Schicht tüchtiger und lohngebender Kaufleute treten. Auch die Kommunen würden dabei, wie die bisherigen Verträge bereits

## Schuld und Sühne.

Original-Roman von Carl Ebenfeld.

„(Schadend verboten.)  
Inspektor Nolteiner begann seine Nachforschungen zuerst bei dem Träger Nummer 7, Josef Köppler. Der mußte den Herrn doch beschreiben können, der ihn den Koffer übergeben hatte!  
Aber Köppler fragte sich etwas hinter den Ohren und schüttelte den Kopf.  
„Nichts kann ich beschreiben, Herr Inspektor. Ich sah den Herrn ja eigentlich nicht. Als ich den Koffer aufnahm, sah er noch im Wagen und zeigte sich oben nur ein weißes, um mit mir zu reden, ich möge vorangehen, er wolle mir helfen, den Koffer abzugeben. Sein Gesicht war durch einen weißen, weislichgelben Schleier, der tief in der Stirn lag, verhüllt. Zudem dümmerte es bereits stark, denn der Himmel war voll dunkler Wolken. Das einzige, was ich ganz deutlich sah, war seine weiße, kräftige Hand, die aus dem Rahmen des herabgelassenen Fensters lag. Sie fiel mir auf, weil ich ein Ring mit einem großen Diamanten am kleinen Finger besaß.“  
„Aber ob der Mann einen Bart trägt oder glatt rasiert war, mußten Sie doch gesehen haben?“  
„Dazu könnte ich höchstens sagen: einen Vollbart trägt er keinesfalls. Ob er aber einen Schurzbart oder kleinen Vadenbart hatte, kann ich nicht beschreiben.“  
„Wie sprach er? Dialekt oder reines Deutsch?“  
„Dialekt nicht. Er redete ganz nach der Schrift, wie es die Gelehrten tun. Es kam mir fast ein bißchen komisch vor.“  
„Wieso?“  
„Na, das kann ich nicht so sagen. Es kam eben geirrt. Es, als wollte er recht schön sprechen.“  
„Wenig, sehr wenig, was Sie da beobachtet haben, mein Lieber! Die Nummer der Tafel haben Sie sich natürlich auch nicht angesehen?“  
„Doch, die weiß ich, weil ich den Kofferträger vom Bahnhofskontrollamt an. Es ist Nummer 84, und der Koffer heißt Leopold Wagner.“

Nolteiner atmete auf. Gottlob, doch etwas — ein Faden, an dem man weiter forschen konnte!  
Er machte sich sofort daran, den Kofferträger aufzusuchen. Aber Leopold Wagner war über Land gefahren, und wurde erst am Abend des folgenden Tages zurück erwartet.  
„Ach gut“, dachte der Inspektor. „Der Mann ist mir sicher. Inzwischen werde ich mich bei der Mutter ein wenig nach ihrer Tochter erkundigen.“  
Indessen verlief auch diese Unterredung nicht so befriedigend, wie er gehofft hatte. Erhielt legte ihm der tiefe Schmerz der gramgebeugten Mutter, deren Nummer selbst dem Polizeiinspektor ans Herz griff, unwillkürliche Zurückhaltung auf.  
Dann aber hatte auch er, wie früher Herr von Troll, das Gefühl, Frau Widenroth wolle nicht alles sagen, was ihr durch den Kopf ging. Gewisse Fragen setzten sie sichtlich in Verwirrung, und sie half sich mit Pfaffen über die Antwort hinweg. Andere wieder schienen sie geradezu zu quälen.  
Sie behauptete aber Verleumdung und Verleumdung ihrer Tochter sah gar nichts zu wissen. Sie habe ihr den Hauskoffer gefällig, ihre Garderobe instand gehalten, im übrigen aber ein sehr zurückgekommenes Leben geführt. Ans Theater sei sie nur gegangen, wenn Helene zum erstenmal eine neue Partie sang. Bei Gesellschaften im Haus, die übrigens sehr selten stattfanden, immer nur für wenige Stunden erschienen, da sie keine näheren Beziehungen zu den Kolleginnen und Kollegen ihrer Tochter unterhalte. Uebrigens habe auch ihre Tochter, soweit sie wisse, mit niemand anderem Verkehr gepflogen, da sie sehr verschlossen und keine Fremden von Gesellschaft gewesen sei. Außer Fräulein Eitra, der höchsten Aktivistin, sei sie wohl mit niemand intimer befreundet gewesen.  
„Ob diese, für eine Künstlerin ausfallende Zurückhaltung schon immer vorhanden gewesen sei?“ fragte Inspektor Nolteiner, indem er sich Fräulein Eitra's Wäuterei witterte.  
„Nein. Früher — im Anfang ihrer Laufbahn vor meine Tochter wohl gefälliger und lebenslustiger“, gab Frau Widenroth ändernd zu.  
„Aber dann muß es doch einen Grund für diese Sinnesänderung gegeben haben?“

Die Antwort auf diese Frage kam noch später.  
„Ich dachte, es lag wohl nur an den Jahren, die ja eben Menschen erster und zurückgeblieben machen.“ lautierte die unbestimmte Antwort.  
„Der vielleicht an einer Liebesangelegenheit, die Fräulein Widenroth ganz in Anspruch nahm? Die junge Dame war sehr schön und hat zweifellos viele Bewunderer gehabt.“  
„Es ist möglich. Darüber ist mir nichts bekannt.“ Das klang direkt abweisend. Aber Nolteiner dachte gefasst weiter.  
„Sie haben nie bemerkt, daß Ihr Fräulein Tochter einen der männlichen Gäste vor andern auszeichnete oder daß ihr jemand in diesem Sinne näher stand?“  
„Nein. Von den Herren, die gelegentlich hier vorkommen, weiß ich nur, daß sie für alle gleich behandelt, das heißt mit kameradschaftlicher Lebenswürdigkeit, die nichts erwartet und zu nichts verbindet.“  
Die Antwort befriedigte den Inspektor nicht ganz. Er fragte über diesen Punkt noch weiter, konnte aber durchaus nichts aus Frau Widenroth herausbringen.  
Sie wurde nur verwirrt, als er noch einmal auf die Vergangenheit der Erworbenen zurückkam und sich erkundigte, ob denn nicht vielleicht aus Versehen oder Aufsehen wegen Fräulein Widenroth in dieser Richtung ein Fingerzeig zu bekommen sei. Denn er habe nun einmal den bestimmten Verdacht, daß hinter ihrem tragischen Ende eine Liebesangelegenheit stehe.  
Frau Widenroth wurde blaß und blickte sichtlich erschrocken vor sich hin.  
„Wenn Sie dies vermuten“, sagte sie endlich mühsam, „dann forschen Sie selbst in dieser Richtung nach.“ „Sie kann Ihnen keine Auskunft geben. In der nachgelassenen Brieftasche meiner Tochter zu finden, bin ich vorläufig ganz außerstande.“  
„Könnten Sie nicht mir einen Einblick gestatten, gnädige Frau?“  
(Fortsetzung folgt.)

